FileNr:81|id:4NH6-8510-TWCN-F1V1|date:2007-04-16|source:Welt|title:Mehr investieren; Haushaltsfragen

#######DONT CHANGE THE ABOVE############

Die Wirtschaft freut sich ueber die Erfolge bei der Rueckfuehrung der staatlichen Neuverschuldung, und sie wird mittel- bis langfristig davon profitieren. Ein angepeiltes Staatsdefizit von 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts 2007 und die Aussicht auf einen ausgeglichenen Staatshaushalt 2009 lassen Hoffnung aufkeimen, dass irgendwann nicht nur die Neuverschuldung, sondern auch der bisher aufgehaeufte Schuldenberg abgetragen wird. Denn dies wird nur allzu gern uebersehen: Auch eine ruecklaeufige Neuverschuldung bedeutet, dass die Staatsschuld insgesamt noch weiter waechst. Es ist darum konsequent, dass der staatlichen Neuverschuldung relativ enge Grenzen gezogen sind. Zum einen durch das Drei-Prozent-Kriterium des Maastricht-Vertrages, zum anderen durch den Grundgesetz-Artikel 115, der die Neuverschuldung auf die Hoehe der oeffentlichen Bruttoinvestitionen begrenzt. Ueberspitzt koennte man zwar formulieren, dass es dem Maastricht-Vertrag egal ist, wofuer der Staat sein Geld ausgibt, und dass es dem Grundgesetz egal ist, wie viel Geld der Staat ausgibt. Beide sind also gewissermassen auf einem Auge blind, koennten sich jedoch bei konsequenter Anwendung zu einer wirksamen Schuldenbremse ergaenzen. Von konsequenter Anwendung kann in der Praxis allerdings keine Rede sein. Sowohl Maastricht-Vertrag und ergaenzender Stabilitaets- und Wachstumspakt auf europaeischer sowie Artikel 115 des Grundgesetzes auf nationaler Ebene verhindern weder Umgehung noch Verfehlung. Dass europaeische Nationalstaaten ueber das Drei-Prozent-Kriterium hinausschiessen, ist beinahe an der Tagesordnung. Dass in Deutschland einzelne Bundeslaender und gelegentlich auch der Bund verfassungswidrige Haushalte aufstellen, regt auch niemanden mehr wirklich auf. Vor diesem Hintergrund muessen alle Steuerzahler geradezu dankbar einen regelrechten Ueberbietungswettbewerb bei Vorschlaegen zur weiteren Eingrenzung der staatlichen Kreditaufnahme erleben. Dieser reicht von Rufen nach einem Verbot zusaetzlicher Staatsschulden ueber das Schmieden nationaler Stabilitaetspakte im Rahmen der Foederalismusreform II bis hin zur Anregung des Sachverstaendigenrates, die Neuverschuldung an den Netto- statt an den Bruttoinvestitionen zu bemessen. Dennoch darf ein Grundzusammenhang nicht uebersehen werden. Die Staatsverschuldung ist letztlich nur ein abgeleitetes Problem. Das Kernproblem liegt darin, dass der Staat immer mehr Aufgaben an sich gerissen hat oder sich hat aufdraengen lassen. Erst hierdurch entsteht der gigantische Finanzierungsbedarf, der dann auf der Einnahmenseite zu erdrueckender Steuer- und Abgabenbelastung und ausufernder Staatsverschuldung fuehrt. Vor diesem Hintergrund muss auch der reflexartig gescholtene Vorschlag von Bundeswirtschaftsminister Michael Glos, einen hoeheren Teil der volkswirtschaftlichen Wertschoepfung in den Haenden der Buerger und Unternehmen zu belassen, in neuem, positiveren Licht gesehen werden. Sein Steuersenkungsziel ist schon deshalb von Wert, weil er den beliebten Ausweg versperrt, alle politischen Probleme, wie zum Beispiel die Haushaltskonsolidierung oder die Krankenversicherungsdefizite, ueber die Einnahmeseite des Staates zu loesen. Es muss erlaubt sein zu fragen: Kann es unter Wachstumsaspekten wirklich sinnvoll sein, den Staat auf einen Konsolidierungskurs zu zwingen, der mit Steuererhoehungen und Investitionskuerzungen verbunden ist? Die Hoehe der Staatsquote und die Struktur der staatlichen Ausgaben sind fuer die Beurteilung der Nachhaltigkeit der Finanzpolitik mindestens so bedeutsam wie die Hoehe der staatlichen Neuverschuldung. So kann ein staatliches Finanzierungsdefizit von einem Prozent bereits zuviel sein, wenn damit ausufernde staatliche Umverteilungsmassnahmen finanziert werden. Andererseits kann eine Neuverschuldung von fuenf Prozent aeusserst rentierlich sein, wenn damit Wachstum foerdernde Infrastrukturinvestitionen bestritten werden. Im Interesse der Generationengerechtigkeit muss es sich dabei aber um Netto-investitionen handeln, also nach Abzug von Abschreibungen und Verkaeufen. Ein hoeheres Wachstum ist nur durch eine staerkere Investitionsdynamik zu erreichen. Dabei muessen oeffentliche und private Investitionen effizient zusammenspielen. Oeffentliche Infrastrukturinvestitionen sind der Naehrboden fuer privatwirtschaftliche Aktivitaet und damit fuer Wachstum und Beschaeftigung. Sie duerfen bei aller notwendigen Konsolidierung nicht unter die Raeder kommen. Sie zu staerken ist Wachstumsvorsorge. Die Autoren sind Mitglieder der Hauptgeschaeftsfuehrung des Bundesverbands der Deutschen Industrie Schulden koennen rentierlich sein...

Fokus Deutschland